

*-Es gilt nur das gesprochene Wort-*

Rede der CDU-Fraktionsvorsitzenden Eva Irrgang  
in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe  
am 22. April 2010

*Es gilt das gesprochene Wort*

### **Konsolidieren und dabei den Aufgaben gerecht werden**

Sehr geehrter Vorsitzender,  
sehr geehrter Herr LWL-Direktor,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

bereits am 23. Februar stellte die CDU-Fraktion den Antrag, den Hebesatz der Landschaftsumlage nicht zu erhöhen. Zu diesem Zeitpunkt gab es erste und deutliche Hinweise darauf, dass für 2009 ein Überschuss zu erwarten war. Außerdem konnte nach dem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Übernahme der Internatskosten durch Bund und Land rückwirkend ab 2006 ein zweistelliger Millionenbetrag zur Entlastung der LWL-Kassenlage erwartet werden.

Ohne damit zu tief in die Ausgleichsrücklage zu greifen und den vom Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft soeben skizzierten Weg in eine Verschuldung des LWL zu beschleunigen, erschien uns zu diesem Zeitpunkt mit Blick auf die parallel stattfindenden Haushaltsberatungen in den westfälischen Kreisen und kreisfreien Städten ein frühes Signal folgerichtig.

Es war auch finanzpolitisch ein richtiges Signal! Dies bei Betrachtung und Abwägung der Finanzlage des LWL und in Verfolgung der bereits seit vielen Jahren praktizierten Rücksichtnahme auf die Finanzlage der LWL-Mitglieds Körperschaften.

Unser Antrag, die Umlage stabil zu halten, machte sich nach sechs Wochen auch die neue Koalition dieses Hauses zu eigen und brachte einen gleich lautenden Antrag zur Höhe des Hebsatzes ein. Warum es dennoch unterschiedliche Ansätze über das „Wie“ gibt, hat der Vorsitzende des Finanzausschusses bereits deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren,

über 99,9 Prozent aller von der Verwaltung vorgelegten Ansätze des LWL-Haushaltsentwurfes 2010 sind durch die politischen Beratungen in allen Ausschüssen bestätigt worden. Ich frage, wer bekommt in diesen nicht nur finanzpolitisch bewegten Zeiten schon einen so großen Vertrauensbeweis? Dennoch sagt die neue „Gestaltungsmehrheit“, der LWL-Direktor nimmt nicht genug Rücksicht auf die Mitglieds Körperschaften. Ehrlicher wäre es dann auch zu sagen, dass sowohl die Verbesserungen im Haushalt als auch das Urteil des BVG zu den Internatskosten bei der HH-Einbringung so noch nicht erkennbar waren.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

Ich werde mich mit dem Zahlwerk im Einzelnen nicht näher beschäftigen, das hat im übrigen Klaus Baumann bereits getan, und mich auf einige Kernpunkte beschränken.

### Die Reform der Kommunal Finanzen ist längst überfällig

Vor 7 Jahren wurde dem Haushaltsplan 2003 der seinerzeitigen Finanznot gehorchend auch ein weit reichender Haushaltsbegleitbeschluss vom Westfalenparlament verabschiedet. Der damalige Vorsitzende der CDU-Fraktion bekam bei seiner Bewertung von keiner Fraktion dieses Hauses Widerspruch als er feststellte (Ich zitiere):

*„Dieser Haushalt ist ein Dokument der nackten kommunalen Not und er ist der verzweifelte Versuch, noch irgendwie über die Runden zu kommen“.*

Wenn ich die Lage der kommunalen Ebene und die Aussichten für die Haushalte der Länder und des Bundes aktuell betrachte und diese mit denen in den zurückliegenden sieben Jahren vergleiche, dann stehen uns ganz offensichtlich die sieben mageren Jahre erst noch bevor.

Wir müssen deshalb weiterhin alle noch möglichen Einsparpotentiale nutzen und gleichzeitig den Aufgaben unseres Verbandes gerecht werden. Dies nicht zuletzt in Anbetracht der Tatsache, dass die mit weitem Abstand den LWL-Haushalt dominierende Aufgabe, die Eingliederungshilfe und auch fast alle anderen Sozialaufgaben gesetzlich geregelt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit mehr als einem Jahrzehnt wird von beiden Landschaftsverbänden mit zunehmender Intensität darauf hingewiesen, dass die Behindertenhilfe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, und diese deshalb nicht mehr ausschließlich kommunal finanziert werden kann. Das Ergebnis aller bisherigen Bemühungen beider Landschaftsverbände und von kommunaler Seite insgesamt ist bis heute leider nicht erfolgreich. Dabei spielte es bislang keine Rolle, wer in der Bundes- oder Landespolitik die Regierung stellte.

Inzwischen stellt sich die Finanzsituation, massiv verschärft durch die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, dramatisch dar. Die intensiven Hilferufe der Kommunen und die Forderungen nach Entlastungen durch Bund und Land sind nicht mehr zu überhören. Eine wirksame Finanzreform ist längst überfällig!

#### Demografische Entwicklung stärker in den Blick nehmen

Nichtsdestotrotz muss der LWL selbst seinen noch möglichen Verpflichtungen zur Kosteneinsparung nachkommen. Haushaltskonsolidierung muss Daueraufgabe der Verwaltung sein – ohne Tabu-Themen. Ambulant vor stationär wird hierbei weiterhin ein sehr wichtiger Punkt sein. Dabei muss aus unserer Sicht der demografischen Entwicklung eine noch stärkere Beachtung geschenkt und die sich daraus ergebenden Konsequenzen noch zügiger und nachhaltiger angegangen werden.

Für den Sozialbereich ist das strategische Kernprojekt "Teilhabe2012 - Mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - den wegen der demografischen Entwicklung unvermeidbaren Kostenanstieg dämpfen" bereits auf die Spur gesetzt und fachlich weiter zu entwickeln.

Der Kernpunkt muss dabei die Optimierung der Zugangssteuerung durch Verbesserung der personensorientierten Beratung und des Hilfeplanverfahrens sein. So hat sich seit dem Jahre 2006 die Anzahl der ambulanten Wohnhilfen mehr als verdoppelt, wobei hohe Zuwachsraten bei Menschen mit psychischen Behinderungen und Suchtkrankheiten zu verzeichnen sind.

Auch in den anderen Fachabteilungen, insbesondere in der LWL-Verwaltung selbst, sehen wir angesichts der demografischen Entwicklung verstärkten Handlungsbedarf. Stichpunkt – z. B. ein aktives Gesundheitsmanagement als Gegensteuerungsmaßnahme. Gerade die Kommunalpolitik darf wegen der weit reichenden Konsequenzen die Problematik nicht verharmlosen. Dabei sind nicht nur die Probleme zu identifizieren, sondern auch die Chancen zu sehen.

Zur Steuerung der wohnbezogenen Eingliederungshilfe nimmt das Zentrum für Planung und Evaluation sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen in dem vom Land Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen Gutachten kritisch Stellung. Hier wird eine zu hohe Einflussmöglichkeit der Leistungsanbieter festgestellt.

Die CDU Fraktion erwartet, dass der LWL als Kostenträger in Zukunft seine Steuerungsverantwortung stärker wahrnimmt und dass in wenigen Monaten

die Verwaltung Verbesserungs- und Lösungsvorschläge vorlegt. Vorrangiges Ziel ist dabei, den Anstieg der Fallzahlen zu dämpfen.

WestLB:

Die Finanzkrise hat ein Gesicht

Die gewaltigen Finanzrisiken für den LWL zu dämpfen, ist bei der WestLB zumindest als Etappenziel gelungen. Für seine transparente Informationspolitik und die Einbeziehung der Fraktionen in diese äußerst komplizierte und mit dem Mantel der Geheimhaltung und Vertraulichkeit umgarnte Materie, wurde unserem LWL-Direktor wiederholt von allen Fraktionen gedankt.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich auch Herrn Dillmann danken, denn der LWL hat keine operative Arbeitsebene mit hunderten von Mitarbeitern, sondern einen, Herrn Dillmann.

Vor allem musste er uns auch die sehr komplexen und komplizierten Zusammenhänge und das Bankenchinesisch in Sitzungsvorlagen verpacken. In diversen Sondersitzungen hatten sich Fachausschuss und LA neben den turnusmäßigen Sitzungen mit dem Thema WestLB zu befassen.

Die Eigentümer der WestLB einschließlich Vorstand kämpften heftig offensichtlich nicht nur in den Gremien der WestLB, sondern zumindest zeitweise auch recht heftig in der Medienwelt und damit der Öffentlichkeit.

## Der LWL ist fachlich gut aufgestellt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unser Verband leistet nicht nur viel für die behinderten Menschen in Westfalen-Lippe, sondern als größter Träger von psychiatrischen Krankenhäusern und Einrichtungen für die ambulante Betreuung fachlich eine anerkanntermaßen erfolgreiche Arbeit.

Dies geschieht trotz der schwieriger werdenden Rahmenbedingungen im deutschen Gesundheitswesen nach wie vor mit schwarzen Zahlen. Durch den LWL-Psychiatrieverbund sind wir auch als öffentlicher Träger zukunftsfähig aufgestellt. Die Modernisierung ist eine Daueraufgabe, wobei die baulichen Anforderungen moderner Krankenhausplanung nicht nur in Lengerich auf denkmalgeschützte Bausubstanz trifft.

Wir wissen, dass nicht nur bei schon außer Betrieb genommenen Tankstellen auch innerhalb der LWL-Verwaltung die Fachinteressen kollidieren können. Unserer Meinung nach sollten in einem Moderationsprozess nicht nur die Fachverwaltungen frühzeitig eingebunden, sondern auch die parlamentarischen Gremien rechtzeitig eingebunden werden, damit Entscheidungsabläufe nachvollzogen und mit gesteuert werden können. Speziell für den jetzt gerade anlaufenden Moderationsprozess in Lengerich erwarten wir die direkte Einbindung der Politik.

## Integration behinderter Menschen

Hiermit wird das Thema Inklusion uns in der nächsten Zeit intensiv beschäftigen.

Bei der Behandlung und Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen beim LWL wird der Erfolg letztlich nicht an der Vielzahl und der Länge von Diskussionsrunden zu ermessen sein, sondern an konkreten Verbesserungen.

Kinder und Eltern wissen, was sie an den LWL-Förderschulen haben. Mehrfach schwerstbehinderte Kinder, deren Zahl leider nach wie vor ansteigt, besser an allgemeinbildenden Schulen zu unterrichten und zu betreuen, erscheint angesichts der derzeitigen Personalausstattung und der baulichen Voraussetzungen nicht vorstellbar. Allerdings wird die UN-Konvention auch eine Eigendynamik entwickeln und Entwicklungen in Gang setzen und/oder beschleunigen.

All denen, die dem LWL vorhalten, er verhalte sich bei der Frage der Integration/Inclusion von Menschen mit Behinderungen eher zögerlich und zurückhaltend, möchte ich die Erfolge und Leistungen im Bereich der Betreuung von Kindern mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen entgegenhalten. Mittlerweile werden fast 85% aller 3-6-jährigen Kinder mit Handicaps integrativ/inclusiv betreut. Dafür wird der LWL im Jahre 2010 mehr als 100 Millionen Euro ausgeben, 4,2 Millionen mehr als noch im Jahr 2009. Diese Erfolgsgeschichte zeigt allerdings auch auf, welch langen Atem eine gelingende Integration/Inclusion erfordert. 1988 – also vor 22 Jahren – star-

tete das Programm mit 50 Kindern und 100000 DM, heute sind es ca. 7500 Kinder und mehr als 100 Millionen Euro.

Last but not least – man könnte auch sagen, zum guten Schluss: Kultur !

Im Ruhrgebiet setzt der LWL seine zum Programm der Kulturhauptstadt im vergangenen Jahr beschlossenen Beiträge erfolgreich um. Die Ausstellungen AufRuhr 1225, die Mittelalterausstellung des LWL-Museums für Archäologie in Herne sowie die Helden-Projekte für die Standorte des Industriemuseums haben bereits auch in überregionalen Medien viel Aufmerksamkeit gefunden. AufRuhr konnte schon mehr als 50.000 Besucher anziehen.

Wir begrüßen es, dass der 2. Bauabschnitt des Kloster museums in Dalheim abgeschlossen werden kann und die Maßnahmen für den Museumsstandort in Bocholt im Rahmen des Konjunkturprogramms gut im Zeitplan liegen. Dies trifft auch für die laufenden Arbeiten, für den Abbruch und die Um- und Erweiterungsbaumaßnahme des Landesmuseum hier in Münster zu. Ausstellungsprojekte und Baumaßnahmen des LWL vermitteln Optimismus. Und darum wird es gehen, meine Damen und Herren: Die Finanzen konsolidieren, dennoch die Aufgaben anpacken und effizient umsetzen.

Die CDU-Fraktion wird sich dieser Herausforderung wie in der Vergangenheit auch stellen und Verantwortung übernehmen. Für die Menschen – Für Westfalen-Lippe.

→ Antrag an dieser Stelle für die CDU : Über die Vorlage 13/0125/2 nach Inhalt getrennt abzustimmen: CDU

Ziffer 1 Abs. 2 + 3

Ziffer 3 getrennt

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.